

An die
Präsidentin des Burgenländischen Landtages
Frau Verena Dunst
Landhaus
7000 Eisenstadt

Eisenstadt, am 6. Mai 2021

Abänderungsantrag

**der Landtagsabgeordneten Markus Ulram, Dipl.-Päd. DI Carina-Laschober-Luif,
Kolleginnen und Kollegen zum selbständigen Antrag Zahl 22 - 482, welcher wie
folgt abgeändert wird:**

Der Landtag wolle beschließen:

EntschlieÙung

des Burgenländischen Landtages vom betreffend Verringerung der Bodenversiegelung

Die Bodenversiegelung ist in Österreich und speziell im Burgenland seit vielen Jahren auf einem Höchststand. Gleichzeitig gibt es immer mehr ungenützte und verbaute Flächen. Um das Problem der Bodenversiegelung zu lösen, braucht es im Burgenland neue Ansätze. Die derzeitigen Maßnahmen sind zu wenig, denn der Bodenverbrauch konnte bis dato nicht eingedämmt werden.

Mit der Neufassung des Burgenländischen Raumplanungsgesetzes wurden dazu noch größere Einkaufszentren an Ortsrändern möglich gemacht, ohne entsprechende bodenverbrauchsparende Maßnahmen umzusetzen. Das Burgenland soll hier eingreifen, Einkaufszentren an Ortsrändern vermeiden und bei Einkaufszentren oder Geschäften ab einer bestimmten Verkaufsfläche verpflichtend Parkdecks oder Parkgaragen – nach dem Vorbild Tirols – vorschreiben.

Das Burgenland verfügt zudem über unzählige leerstehende Gebäude und Hallen. Das Land Burgenland soll dazu ein Leerstandsmanagement einführen und diese Gebäude kategorisieren und auf der Homepage des Landes veröffentlichen. Das Ziel soll sein, dass zuerst leerstehende Gebäude für neue Projekte genutzt werden, bevor unbebaute Fläche versiegelt wird.

Auch bei Photovoltaik-Freiflächen-Anlagen muss die Bodenversiegelung mitbedacht werden. PV-Anlagen sollen vorrangig auf Dächern bzw. auf Flächen, die nicht für die Landwirtschaft genutzt werden können, entstehen. Erst dann soll auf andere Freiflächen zugegriffen werden. Denn im Burgenland gibt es zahlreiche öffentliche Gebäude sowie Gewerbe- und Industriehallen, die sich optimal für PV-Anlagen eignen würden.

Der Landtag hat beschlossen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, folgende Maßnahmen für eine Verminderung der Bodenversiegelung in Zusammenarbeit mit allen im Landtag vertretenen Parteien zu diskutieren und umzusetzen:

- Große Einkaufszentren sollen mit verpflichtenden Parkdecks bzw. Parkgaragen ausgestattet werden.
- Einkaufszentren an Ortsrändern sollen möglichst vermieden werden.
- Das Land soll ein Leerstandsmanagement einführen, um brachliegende Gebäude zu nutzen, anstatt neue Flächen zu versiegeln.
- PV-Anlagen sollen vorrangig auf Dächern und Flächen, die nicht landwirtschaftlich genutzt werden können, installiert werden.

Außerdem wird die Landesregierung aufgefordert, an die Bundesregierung heranzutreten und einen entsprechenden Katalog mit Maßnahmen für sparsamen Flächenverbrauch vorzuschlagen.